

Die Schweiz hat 1970 offenbar ein geheimes Abkommen mit der Palästinenserführung abgeschlossen, wie aus Recherchen der NZZ hervorgeht. Das wirft ein neues Licht auf mehrere Anschläge in dieser Zeit; vor allem auf das Attentat auf eine Swissair-Maschine, bei dem 47 Insassen ums Leben kamen.

Schatten über dem Würenlingen-Absturz

VON LUKAS LEUZINGER

Es ist ein Fall wie aus einem Agententhriller: Im September 1970, kurz nachdem Terroristen eine Swissair-Maschine mit 157 Insassen nach Jordanien entführt hatten, traf sich der Schweizer Aussenminister Pierre Graber (SP) im Verborgenen mit dem Aussenbeauftragten der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Farouk Kaddoumi. Offenbar hinter dem Rücken des Gesamtbundesrats sowie anderer westlicher Staaten, die in die Entführungskrise verwickelt waren, handelte Graber mit dem hohen PLO-Funktionär ein geheimes Abkommen aus: Die palästinensische Seite sicherte zu, dass die Schweiz von weiteren Anschlägen verschont würde, im Gegenzug sollte die Eidgenossenschaft die PLO auf dem diplomatischen Parkett unterstützen. Unter anderem sollte die Organisation am Genfer Sitz der UNO ein informelles Büro erhalten.

Über das Geheimabkommen berichtete gestern die NZZ, heute erscheint dazu auch ein Buch des Journalisten Marcel Gyr. Die geheimen Verhandlungen in Genf hatte der damalige SP-Nationalrat Jean Ziegler eingefädelt, wie er der NZZ bestätigte.

Ermittlungen versandeten

Die Enthüllungen werfen ein neues Licht auf weitere Taten von palästinensischen Terroristen in der Schweiz – insbesondere auf den Absturz der Swissair-Maschine in Würenlingen ein halbes Jahr vor dem Entführungsfall. Am 21. Februar 1970 explodierte an Bord eines Flugzeugs, das in Richtung Tel Aviv unterwegs war, eine Bombe. Alle 47 Insassen starben. Die Untersuchungen zum Attentat verliefen im Sand, eine Anklage gab es nie – obwohl die mutmasslichen Täter bekannt waren. Sie wurden in Deutschland verhaftet, aber sogleich wieder freigelassen und konnten sich nach Jordanien und Ägypten absetzen.

Robert Akret war damals als Untersuchungsrichter mit dem Fall betraut, den später die Bundesanwaltschaft übernahm. Er vermutete schon lange, dass über den Fall Würenlingen ein «Mantel des Schweigens» gelegt worden war. Dass die Schweiz offenbar ein Geheimabkommen mit der PLO abgeschlossen hat, bestärkt ihn in seinem Verdacht. «Offenbar hat man eine politische Güterabwägung vorgenommen und sich gefragt: Ziehen wir die Strafverfolgung durch und setzen uns damit dem Risiko weiterer Attentate aus, oder halten wir uns lieber zurück?»

Akret war zu dieser Zeit ein junger Jurist. Heute sagt der 76-Jährige: «Der Fall hat mich mein Leben lang nicht losgelassen.» Aus Sicht des Strafverfol-



Trümmerteile des Swissair-Flugzeuges, das wegen einer Bombenexplosion am 21. Februar 1970 bei Würenlingen im Kanton Aargau abstürzte. Die Hintergründe des Attentats wurden nie restlos aufgeklärt.

Bild Key

gers gehe es ihm gegen den Strich, dass die Täter nie zur Rechenschaft gezogen worden seien. Als Staatsbürger habe er dennoch ein gewisses Verständnis dafür, dass die offizielle Schweiz die Sicherheit der Bevölkerung über die Verfolgung der Täter gestellt haben soll. Wofür er jedoch kein Verständnis hat, ist, dass die Angehörigen der Opfer nie eine Erklärung erhielten, warum die Terroristen nicht gefasst wurden.

Schweiz wurde erpressbar

Die Angst vor weiteren Anschlägen war zweifelslos begründet. Bereits

ein Jahr zuvor hatten palästinensische Terroristen in Kloten ein israelisches Flugzeug angegriffen, der Pilot und ein Angreifer starben. Die drei anderen Attentäter wurden verhaftet und später zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Doch am 1. Oktober 1970 kamen sie wieder frei – als Gegenleistung für die Freilassung der Geiseln in Zerqa kurz zuvor.

War es richtig, dass die Schweiz dem Druck der Terroristen nachgab? Die Frage ist umstritten. Fakt ist, dass sich die Schweiz mit dem Geheimabkommen erpressbar machte. Laut NZZ

stellten palästinensische Diplomaten in der Folge weitere Forderungen und drohten damit, dass sie bei Nichterfüllung nicht für die Sicherheit der Schweiz garantieren könnten.

Im Jahr 2000 stellte die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen zum Fall Würenlingen in aller Stille ein. Im Einstellungsbeschluss, den sie dem «Beobachter» erst Jahre später aushändigte, findet sich ein aufschlussreiches Detail: Es heisst darin, dass «im Zusammenhang mit dem Anschlag (...) erpresserische Drohungen gegen die Schweizer Behörden erfolgten».

Forscher: «PLO konnte Graber dadurch nicht unter Druck setzen»

SCHAFFHAUSEN Ein gestern publizierter Artikel in der NZZ deutet an, dass es nach der Swissair-Entführung nach Jordanien durch die palästinensische Volksbefreiungsfront zu einem geheimen «Stillhalteabkommen» gekommen ist (siehe Haupttext). Der damalige Bundesrat Pierre Graber und ein Funktionär der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO sollen sich per Handschlag darauf geeinigt haben. Gemäss des PLO-Direktors der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (DDS), Sacha Zala, ist das zwar «kohärent und plausibel», aber weniger brisant als von der NZZ vermittelt: «Es ist nicht so, dass die PLO dadurch Graber unter Druck setzen konnte. Die Schweizer Diplomatie ist viel komplexer, als es die NZZ darstellt», sagte Zala den SN. Die DDS betten ausserpolitische Ereignisse in ihre historischen Zusammenhänge ein.

Als Journalist getarnt

Tatsächlich, sagt Zala, tolerierte die Schweiz ein inoffizielles Büro der PLO in Genf. «Gemäss einem Dokument vom Januar 1971 wusste Bundesbern, dass ein PLO-Vertreter in Genf ein Büro hatte. Offiziell aber war dieser gar nicht im Land, da er als Journalist getarnt war», sagt Zala. Diese Unterlagen aus dem Bundesarchiv sind online unter www.dodis.ch einsehbar (via Suchfunktion Nummer 39521 eingeben).

Der Vorteil: «So konnte sich die Schweiz offiziell unwissend stellen, wenn sie etwa von Israel oder den USA nach einer PLO-Vertretung gefragt wurde», sagt Zala. Gegenüber der PLO aber habe die Schweiz durch die Tolerierung des «Journalisten» ein Druckmittel gehabt. Denn für die PLO sei es damals wichtig gewesen, sich international ausbreiten zu können. Die Schweiz wiederum hoffte laut Zala, so weitere Anschläge verhindern zu können. «Das Druckmittel der Schweiz gegenüber der PLO war klar: Entweder verhältet ihr euch unserem Land gegenüber anständig, oder ihr müsst es wieder verlassen», sagt Zala.

«Ein kalkuliertes Risiko»

Im komplexen Zusammenhang internationaler Beziehungen sei das diplomatische «Business as usual» gewesen. «Die Schweiz ist hier ein kalkuliertes Risiko eingegangen, auch wenn sie dabei ein wenig lavierte», sagt der Forscher. (aka)